Zeitleiste 3-Frauengeschichte

1880

1918

Zeitleiste 3: Geschichte der Frauenrechte
Autor: Arrist Spieß

1880 wurde der <Lehrerinnenzölibat> (* <Fräulein Lehrerin>) im <Deutschen Reich> per Ministererlass eingeführt. Er untersagte Lehrerinnen zu heiraten und auf eine Missachtung folgte die Kündigung. Grundlage dafür waren «arbeitsmarktpolitische Aspekte und moralische Vorstellungen» (* der Männer!) über die Geschlechterordnung.

(Quelle: Wikipedia (2025):
<Lehrerinnenzölibat>)

1918: Um 1890 kommt das Thema <Wahlrecht für Frauen> auf die Agenda des feministischen Denkens. Aber erst ab November 1918 durften auch Frauen in Deutschland wählen. Finnland und die anderen skandinavischen Länder waren da aber schneller.

* Das erste Land mit aktivem Wahlrecht für Frauen (ab 21 Jahre) aber war Neuseeland: 19.Sep.1893. ??? Zur ersten Wahl, an der Frauen teilnehmen durften, geschah dies mit einer Wahlbeteiligung der Frauen von 82%. Es wurden 37 Frauen in die Nationalversammlung gewählt.

'file:///C:/Privat/%23Soziales/Rohleder_Seminar_Mein_Leben/Frauenrechte-Zeitleiste-Ari3.ods'#

Zeitleiste 3-Frauengeschichte

1919

1919: Das <Lehrerinnenzölibat> wurde wieder abgeschafft.

Im Oktober 1923 aber schon wieder eingeführt!

Erst 1951 kam es zur endgültigen Abschaffung.

1923

1923: Wiedereinführung des <Lehrerinnenzölibats> (aus: «arbeitsmarkt-politischen Gründen»).

* Die Personalabbauverordnung erlaubte die Entlassung verheirateter Beamtinnen, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Stellen für Männer zu sichern.

#\$Zeitleiste 3-Frauengeschichte

=Zelle("Filename")

=Zelle("Dateiname")

1933-45

In der NS-Zeit stand auf einer Abtreibung die Todesstrafe!

« – solange es sich um Personen handelte, deren Nachwuchs die Nationalsozialist*innen ... als erwünscht klassifizierten.»

(Quelle: GWI-Boell.de (2025):
<Entmündigung der Frau>)

Selbst die Beihilfe zu Schwangerschaftsabbrüchen führte damals zur Todesstrafe.

Aus der Nazizeit stammt auch der **§219a** (StGB), der sogar rein sachliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch von Ärzt*innen kriminalisierte.

1948

1948: Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs – einer Zeit, in der die Frauen viele ihrer gerade mühsam erworbenen Rechte wieder eingebüßt hatten – trat der **<Parlamentarische Rat>** 1948 zusammen. Unter den 65 Abgeordneten waren nur 4 Frauen. Eine von ihnen war die Juristin Dr. Elisabeth Selbert.

*Der **<Parlamentarische Rat>**, der in Bonn tagte, war die verfassunggebende Versammlung, die das **Grundgesetz** schuf.

Zeitleiste 3-Frauengeschichte

1949 / 1951

1949: Elisabeth Selbert (SPD) bewirkte: Frauen und Männer sind im Grundgesetz gleichberechtigt.

1951: Erst 1951 wurde das <Lehrerinnenzölibat> endgültig eingestampft.

1957

1957: «Das Bundesarbeitsgericht erklärte (*erst) mit Urteil vom 10.Mai 1957, dass auch geschlechtsunabhängige Zölibatsklauseln in Arbeitsverträgen verfassungswidrig und damit nichtig seien, weil sie es erschwerten, eine Ehe einzugehen und die Menschenwürde beeinträchtigten.»

(Quelle: Wikipedia (2025):
<Lehrerinnenzölibat>)

calibri 11pt

1961

1961: Elisabeth Schwarzhaupt wird die **erste weibliche Bundesministerin** (Gesundheitsministerium).

Dies geschieht allerdings nur unter massivem Druck, den ihre Unterstützerinnen auf Bundeskanzler Adenauer (CDU) ausübten.

1970

1970 entstanden bundesweit Frauenzentren- und Gruppen. Ein Anliegen war es, Frauen vor ihren gewalttätigen Männern zu schützen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die **Legalisierung von Abtreibungen**. Dazu sollte der **§218 (StGB)** gestrichen werden. Ganz so kam es allerdings nicht: Der Gesetzestext wurde lediglich etwas <durchlässiger> gestaltet.

1974

Ab 26. April 1974 war die Abtreibung ohne Angabe von Gründen innerhalb der ersten 3 Monaten der Schwangerschaft erlaubt.

* Das Bundesverfassungsgericht hat diese <Fristen-Lösung> aber im Februar 1975 direkt wieder inkassiert.

1975

Im Februar 1975 entschied das BVerfG in seiner **Schwangerschaftsabbruch-Entscheidung:**

«Der Lebensschutz der Leibesfrucht genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren und darf nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden.» (BVerfGE 39, 1).

* Davon ausgenommen sind aber Vergewaltigungsopfer und die medizinische Indikation (Missbildung des Fötus ...)

1976

1976 löst die sogenannte <Indikations-Lösung> die <Fristen-Lösung> ab

Straffreiheit für den Abbruch ist nur dann vorgesehen, wenn die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung herrührt oder wenn medizinische Indikationen vorliegen:

Missbildung des Embryos, Gefahr für Leib und Leben der Mutter durch das Austragen des Babys ...

1977

1977 wird §1356 (BGB) ungültig.

Dieser erlaubte Frauen die Erwerbstätigkeit nur unter der Voraussetzung, dass diese mit ihren «Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.»

1995

Ab **1995** wurde der Abbruch innerhalb der ersten 3 Monate erlaubt. Dazu ist aber eine vorherige ärztliche Beratung (<Beratungsregelung> (§218 a Abs. 1StGB)) die Voraussetzung.

2018 / 2019 / 2023

Ein weltweites Ranking in **2018** ermittelte den Frauenanteil in Länderparlamenten. Deutschland landete auf Platz 45!

2019: Der <Internationale Frauentag> wird zum gesetzlichen Feiertag (allerdings nur in: Berlin und seit **2023** auch in: Mecklenburg-Vorpommern).

2022

Auch in Karrierefragen klaffen noch deutliche Lücken zwischen Männern und Frauen – der sogenannte **<Gender-Pay-Gap>**.

* «Die, der oder das **<Gender-Pay-Gap>** (kurz GPG; auch **<Gender Wage Gap>**, von englisch gender **<Geschlecht>**), deutsch **die Lohnlücke** oder **das geschlechtsspezifische Lohngefälle**, beschreibt in der Sozialökonomie und Soziologie den durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern, die nicht im öffentlichen Dienst, der Land- oder Forstwirtschaft und nicht in Betrieben unter 10 Mitarbeitenden beschäftigt sind.»

(Quelle: Wikipedia (2025): **<Gender-Pay-Gap>**)

Stand: Jan./2025